

# Straßauer Zeitung.

Nr. 287.

Montag, den 15. December

1862.

Die „Straßauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Straßau 4 fl. 20 Kr., mit Versendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für 1 Kr. — Die erste Einrückung 7 Kr., für jede weitere Einrückung 3½ Kr.; Stämpelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Interat-Befehlungen und Gelder übermittelt die Administration der „Straßauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 29). Auslandungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Bestellungen auf das mit dem 1. Jänner 1863 beginnende neue Quartal der „Straßauer Zeitung“, Abonnementsgelder, sowie Correspondenzantritten werden zu Handen der neuen Administration unter der Adresse des Herrn Karl Budweiser, Grod-Gasse Nr. 107, erbeten.

**Am 1. Jänner 1863 übergeht die „Straßauer Zeitung“ in den Verlag des hiesigen Buchdruckereibesitzers, Herrn Karl Budweiser.**

Bestellungen auf das mit dem 1. Jänner 1863 beginnende neue Quartal der „Straßauer Zeitung“, Abonnementsgelder, sowie Correspondenzantritten werden zu Handen der neuen Administration unter der Adresse des Herrn Karl Budweiser, Grod-Gasse Nr. 107, erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 20. November d. J. dem Bischof von Szathmár, Michael Haas, die Würde eines wirklichen geheimen Rates mit Nachdruck der Taten allergrädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 3. Dezember d. J. dem Bestallungsdiplome des Benedic bestellten Kaiserl. französischen Generaltonius Leon Pillet und des mit dem Kaiserl. französischen Consulate in Triest betrauten Generaltonius Louis Desiré Dury, das Egreguerat allergrädigst zu ertheilen geruht.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennung:  
Der Oberst, Heinrich Freiherr v. Scholl, des Geniestabes, zum ad latus des Präses vom Genie-Comit.

Überzeugungen:  
Der Oberst Albert Knebel Ritter v. Treuenhöchst, vom Infanterie-Regimente Erzherzog Stephan Nr. 58, mit Belohnung in seiner dermaligen Dienstleistung als Vorstand der ersten Abteilung beim Landes-General-Commando zu Brünn, zum General-Quartiermeisterstab;

die Majore: Joseph Freiherr Haugwitz v. Ritskupich, des Infanterie-Regiments Erzherzog Franz Ferdinand v. Gie Nr. 32, und Albrecht Wallenweber, des Infanterie-Regiments Großherzog Ferdinand IV. von Toscana Nr. 66, ge-

genzeitig.

Verleihungen:

Dem Major, Johann Zuccaroli, des Ruhestandes, der Oberstleutnants-Charakter ad honores;

den Hauptleuten erster Klasse des Ruhestandes: Ludwig Hartner v. Harnisch und Franz Graf der Majors-Charakter ad honores.

Pensionierung:

Der Ober-Kriegscommittä erster Klasse, Johann Suplikay de Ottóz in den wohlverdienten Ruhestand.

## Nichtamtlicher Theil.

Straßau, 15. December.

Die Richtigkeit der Mittheilung der Morning-Post, als seien die Schuhmächer darin „einig“, die Candidatur des 1855 in Folge der Großjährigkeit des Kronprinzen als Regent abgetretenen Königs Ferdinand von Portugal zu unterstützen, wird nach Briefen aus München auch dort von unterrichteten Persönlichkeiten angezeigte. Das „Journal de St. Petersburg“ hat dies wie erwähnt ganz bestimmt in Abrede gestellt. Auch anderweitige Berichte berechtigen uns zu diesem Schluß. Als das Wahrscheinlichste, schreibt ein Pariser Corr. der Ost. Post, betrachtet man hier, daß England jede weitere Königswahl vereiteln will. Griechenland soll durch eine Präsidentschaft, durch einen Senat oder welchen Titel man dafür sieht, falls man den Namen Republik vermeiden will, regiert werden; es soll mit andern Worten ein Staatsgebilde dort bestehen, welches ermöglicht, daß die ionischen Inseln in einen Verband mit demselben treten können und ihre Abgeordnete in die gemeinsame gesetzgebende Versammlung nach Athen schicken — ohne daß die Schuhmächer Englands über die ionischen Inseln aufzutreten; Italien werde nicht eher zur Ruhe kommen, als bis die letzteren gebändigt seien. Und hier wie in St. Petersburg am meisten fürchtet. Denn es ist klar, wenn die ionischen Inseln einen Theil Griechenlands bilden und England sein Protectorat über dieselben gleichzeitig beibehält, dann erstreckt sich diese Schuhmächerlichkeit moralisch wie faktisch über ganz Griechenland — wenn es auch staatsrechtlich nicht stipulirt wird. Und so ernstlich befürchtet man in St. Petersburg, dies sei der wahre Hintergedanke Lord Palmerston's, daß der biesige russische Gesandte Baron Budberg den Auftrag erhielt, sich ohne Bezug von Herrn Drouyn de Lhuys über die gemeinsamen Schritte für eine solche Eventualität zu verständigen. Ja, der Feuerreiter des Fürsten Goritschakoff geht so weit in dieser Sache, daß er bereits im Journal de St. Petersburg einen Artikel veröffentlichten ließ, in welchem der Beweis geführt wird, daß England nicht das Recht habe, die ionischen Inseln an Griechenland abzutreten; es seien ihm dieselben durch die Verträge zuertheilt worden und es habe daher einseitig nicht das Recht, sich derselben zu entzäubern. Frankreich, sagt der Correspondent hingegen, denkt bereits wegen dieser Benachtheiligung seine Stellung im Oriente auf „Compensationen“, welche das Gleichgewicht im Mittelmeere wieder herstellen. Und dazu, meint derselbe, sei das

Königreich Neapel aussersehen. Der große Conjectural-Politiker der Ost. Post macht auf die Thatsache aufmerksam, daß Prinz Joachim Murat, dem seit der Anerkennung des Königreichs Italien Stillschweigen aufgetragen war, in diesem Augenblicke wieder mit einem offenen Brief seine Ansprüche auf Neapel erhebt. Man werde keinen Fehlschlag machen, wenn man den Brief mit der griechischen Angelegenheit in Verbindung bringt.

Es treten übrigens noch immer neue Kandidaten für den griechischen Thron auf. Die Correspondenz Stern bezeichnet jetzt den Prinzen Heinrich der Niederlande als eine Persönlichkeit, von der in diplomatischen Kreisen in dieser Beziehung viel die Rede sei. Nach dem Temps würden die drei Schuhmächer Griechenlands auf den Vorschlag Frankreichs ihr Augenmerk auf einen Prinzen des preußischen Hauses richten. Wahrscheinlich handle es sich um einen Sohn des Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen.

Nach Berichten aus Paris steht dort eine Krisis bevor, aus der ein Cabinet mit noch stärkerer reaktionärer Färbung hervorgehen würde.

Zwischen Frankreich und der Schweiz ist ein die Ausgleich des Dappenthalconflictes betreffender Vertragstext von dem Bundespräsidenten und dem französischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft, Marquis Durgot, am 8. d. unterzeichnet worden. Der Vertrag beruht auf einem gegenseitigen

Gebeistausch; dem Vernehmen nach tritt die Schweiz an Frankreich denjenigen Theil des Dappenthal als, welcher im Norden der Straße von Fauville liegt, während Frankreich der Schweiz eine Strecke Terrain von gleicher Größe rechts von dem Dappenthal cedirt. Dabei ist in dem Vertragstext mit aller Bestimmtheit ausgesprochen, daß auf dem abgetretenen Terrain keine militärischen Werke ausgeführt werden dürfen.

Unter den auf die mexicanische Frage bezüglichen Documenten, welche dem spanischen Senate mitgetheilt worden sind, befindet sich eine Depesche des Herrn Calderon-Collantes, welcher verlangt, daß die Londoner Convention von Neuem in Kraft trete, und sich sogar bereit erklärt, ein spanisches Korppercorps nach Mexico zurückzuschicken. Die Depesche ist vom 29. Juli dieses Jahres. Frankreich hat die Mitwirkung Spaniens, was die Verträge betrifft, angenommen, die militärische Hülfe aber abgelehnt. Die spanische Depesche ist eine Art von Genugthuung für Frankreich und eine Verurtheilung der Haltung des Gen. Prim.

Die „Times“ enthält über den Empfang des Barons Budberg in den Tuilerien einen für Russland und Frankreich gleich wohlwollenden Artikel. Das Verhältniß beider Länder sei viel inniger als je und mit Recht, denn beide mäßigen ihre Eroberungsgelüste. Russland werde, Dank den Reformen des Kaisers, aus einer tödten Maschine in einen Staat umgestaltet.

Dem neuen Turiner Cabinet wird vom Pays der Rath ertheilt, mit der größten Energie gegen die Mazinisten aufzutreten; Italien werde nicht eher zur Ruhe kommen, als bis die letzteren gebändigt seien. Und Turiner Correspondenten schreiben an deutsche Blätter, wie auch die gegenwärtige Krisis ausgehen möge, der Augenblick werde nicht ausbleiben, wo Victor Emanuel zwischen der Actionspartei und dem Staatsstreich mit Cialdini und Lamarmora zu wählen haben und sich für den Staatsreich entscheiden würde.

Wie erwähnt vor einigen Tagen, daß man in Rom der Veröffentlichung eines Motu proprio entgegne. Man erfährt jetzt, daß der sogenannte Reformausschuss, bestehend aus den Monsignori Pita, Lasagni, Pericoli und Eppalani, sehr fleißig am Werke sei, daß es sich jedoch nur um municipale Reformen handele, vielmehr um politische Institutionen, um die Einführung des französischen Codes oder gar einer berathenden Assemblée. Nichts desto weniger scheint der Papstliche Hof Ursache zu haben, sich mit der Hoffnung zu schmeißen, daß ihm jene Reformen die Restauration in den Marken und in Umbrien eintragen würden. Kommt der Papst, so schreibt man der NYZ. zu der Einsicht, daß er sich Illusionen mache, so würde auch das Motu proprio zu den Aten gelegt werden.

Nach der „Patrie“ schlägt die Commission, welche zum Vorstudium zu Anträgen für Reformen im Verwaltungsfache des Kirchenstaates niedergelegt ist, vor, namentlich bei der Gründsteuer, welche sich eng an die in jener Denkschrift enthaltenen Vorschläge anschließen soll. Es kann nun aber auf das positivste versichert werden, daß der ganze Nachtrag nicht das geringste thatächliche Moment zu Grunde liegt; es fallen damit auch alle Folgerungen zu Boden, welche der Correspondent in seine Mittheilung verweilt. Weder von dänischer noch von deutscher Seite dürfte zunächst in der Sache irgend ein Schritt unternommen werden; von dänischer Seite liegt dazu momentan keine eigentliche Veranlassung vor, während die deutschen Mächte, welche in dieser Frage mit derselben Übereinstimmung, in welcher sie bisher handelten, vorgehen werden, wahrscheinlich wie wenigstens ganz sachgemäß wäre, den Anfang des nächsten Monats bevorstehenden Zusammentritt der holsteinischen Stände abwarten, um aus der Natur der denselben vor der dänischen Regierung zu machen Vorlagen, sowie aus dem Gange der hieraus sich ergebenden Verhandlungen weitere Anhaltspunkte zu entnehmen.

Der „Berliner Börsenzeitung“ wird aus Wien geschrieben, daß der dort accreditede dänische Gesandte dem Grafen Rechberg eine Denkschrift nicht blos vertraulicher, sondern vertraulichster Natur über die schleswig-holsteinische Frage überreicht habe, und daß gleichzeitig seitens des Tuilerien-Cabinets eine Öffnung erfolgt sei, welche sich eng an die in jener Denkschrift enthaltenen Vorschläge anschließen soll. Es kann nun aber auf das positivste versichert werden, daß der ganze Nachtrag nicht das geringste thatächliche Moment zu Grunde liegt; es fallen damit auch alle Folgerungen zu Boden, welche der Correspondent in seine Mittheilung verweilt. Weder von dänischer noch von deutscher Seite dürfte zunächst in der Sache irgend ein Schritt unternommen werden; von dänischer Seite liegt dazu momentan keine eigentliche Veranlassung vor, während die deutschen Mächte, welche in dieser Frage mit derselben Übereinstimmung, in welcher sie bisher handelten, vorgehen werden, wahrscheinlich wie wenigstens ganz sachgemäß wäre, den Anfang des nächsten Monats bevorstehenden Zusammentritt der holsteinischen Stände abwarten, um aus der Natur der denselben vor der dänischen Regierung zu machen Vorlagen, sowie aus dem Gange der hieraus sich ergebenden Verhandlungen weitere Anhaltspunkte zu entnehmen.

Dem „Frankfurter Journal“ wird aus Hannov.

ver vom 10. December in Bezug auf das neue Ministerium geschrieben: Pikant ist die Thatsache, daß gutem Vernehmen nach schließlich eine Depesche Rechberg, die vor hessischen Zuständen warnte und auf eine Regelung unserer verwirrten Verhältnisse energisch hindrangte, den Durchschlag gegeben haben soll. Es wäre also hier, wie in Hessen, österreichischer Einfluß, dem wir die Abdankung von besseren Zuständen im Lande verdanken.

Die Hamburger Elbschiffahrts-Revissions-Commission hat sich, wie wir einer Mittheilung des „H. Corr.“ entnehmen, keineswegs vertagt, sondern besteht in Permanenz, und ist für ihre Sitzungen nur in so fern ein Stillstand eingetreten, als die Erklärung der Regierungen von Österreich, Preussen, Sachsen und Hamburg über die von den Regierungen Hannovers und Mecklenburgs gewünschten Modifikationen des Dresdener Elbzoll-Planes noch nicht erfolgt sei, welche aber voraussichtlich nicht lange mehr auf sich warten lassen dürfe. Sobald diese Erklärung erfolge, werde für die Commission wiederum ein Gegenstand zur Fortsetzung der Verhandlungen vorliegen und deren Abschluß mit einem den Wünschen des Schiffers und Handelsstandes gehörige Rechnung tragenden Resultate wohl gehofft werden können. Daß die erwähnte Erklärung sich so lange verzögert, wird durch die bisherigen Bedenken der sächsischen Regierung gegen jedes Abweichen vom Dresden-Entwurf herbeigeführt sein.

Dem „Moniteur“ wird aus Berlin von 9. d. geschrieben: „Sie werden ohne Zweifel mit einiger Überraschung das heute Morgen in der Sternzeitung veröffentlichte Schreiben des Königs Wilhelm (in Bezug auf das Landwehr-Zubladium) gelesen haben“ etc. Damit die Franzosen die Sache nicht falsch auslegen, wird ihnen durch das amtliche Blatt explicitirt, daß jenes Jubiläum nur deshalb von Staats wegen angeregt worden sei, weil die Opposition damit umging, den 50jährigen Bestand der Landwehr auf eigene Faust zu feiern und diese Feier zu einer gefährlichen Agitation auszubeuten. (An die Feier des Hubertusburger Friedens hat Niemand gedacht. D. Ned.)

## Verhandlungen des Reichsrates.

Sitzung des Herrenhauses vom 13. December. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Berichtes der Finanzcommission über den Untrag des Altgrafen Salin rücksichtlich der Gewährung von steuerfreien Jahren bei Neubauten.

Die Finanzcommission beantragt: „Das h. Haus wolle beschließen, daß dieser Gegenstand an das k. f. Finanzministerium geleitet werde, damit eine verfassungsmäßiger Behandlung in den verschiedenen Theilen des Reiches, bezüglich der Freiheit für Neubau, Zu- und Umbauten erzielt werde.“ Wird ohne Debatte angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzcommission in Bezug des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1863. In der Generaldebatte ergreift das Wort Graf Thun. Er finde in den Anträgen, die zur Beschlusffassung von der Finanzcommission vorgelegt wurden, keine radikalen Heilmittel, sondern nur Palliative, und zwar Palliative, die der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit widersprechen. Das Erste sei namentlich bei der Gründsteuererhöhung der Fall, und der Zweckmäßigkeit widerstreiche es, wenn die Reproduction gehemmt werde. Ein Resultat werde die Annahme der Vorlage haben: die Besserung der Kurse, allein es entscheide die allgemeine Wohlfahrt. Und von diesen Standpunkten aus müsse er gegen die Benützung des h. Hauses zur Übernahme eines Theiles der auf die Regierung fallenden Verantwortlichkeit Verwahrung einlegen.

Baron Baumgartner widersetzt der Auffassung des Vorredners rücksichtlich der relativen Höhe der Grundsteuer.

Berichterstatter v. Pipiz ergänzt die Bemerkungen des Freiherrn v. Baumgartner zur Berichtigung der Aufführung des Grafen Leo Thun.

Präsident eröffnet die Spezialdebatte. Bei der Position Kriegsminister Graf Degenfeld, un zu er-

klären, daß die Regierung sich mit der von dem Abgeordnetenhaus beliebten Feststellung des Budgets einverstanden erkläre und dem hohen Herrenhause den Beitritt zu diesem Beschlusse anempfele, zu einer weitgehenden Herabminderung aber ihre Zustimmung nicht ertheilen könnte.

Die Abtheilung des Staatsvoranschlagess: „Erforsderniß“ wird hierauf ohne weitere Debatte angenommen und zur Abtheilung „Bedeckung“ geschritten.

Fürst Colloredo erhält das Wort. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die niederösterreichische Forstdirection aufgehoben wurde, da es doch bekannt ist, daß die Wälder, welche unter der niederösterreichischen Forstdirection standen, zu den bestadimirirten Europa's gehörten. Man hat das bestehende Gute aufgehoben, ohne daß ein Besseres dafür gesetzt wurde.

Sämtliche Positionen „Bedeckung“ werden angenommen.

Es wird nun zum eigentlichen Finanzgesetz übergegangen und die ersten vier Artikel werden ohne Debatte angenommen.

Gegen den fünften Artikel spricht Graf Anton Auersperg, der Finanzminister habe im Abgeordnetenhaus für die nächste Session eine Vorlage in Bezug auf die Regelung der Grundsteuer einzubringen zugesagt. Er erinnere jetzt den Herrn Finanzminister an diese Zusage, nehme ihn rücksichtlich derselben öffentlich beim Worte und lege ihm deren Erfüllung dringend an's Herz.

Finanzminister v. Plener erwidert hierauf: „Es wird nicht in Abrede gestellt, daß die Steuern in den letzten 14 Jahren eine bedeutende Erhöhung erfahren haben, daß in die Besteuerung neue Objekte einzbezogen wurden, daß die Staatschuld leider in einer sehr bedeutenden Weise vermehrt worden ist. Was waren aber die Ursachen, was waren die Anlässe zu diesen belägenwerthen Erscheinungen? Es waren die allgemein bekannten, drangvollen und gefährlichen Ereignisse, die Erschütterungen, welche die Monarchie heimgesucht, und enorme Geldbedürfnisse des Staates herbeigeführt haben. Wohl waren es auch die verschiedenen Städte der Verwaltungsorganisationen und Reorganisations, welche auf andern Feldern, als jenen der Finanzverwaltung mit großem Aufwande durchgeführt wurden und allerdings eine bedeutende Erhöhung des Budgets brachten. Die Finanzverwaltung war dasjenige Organ, an welches die Ansprüche zur Herbeischaffung der Mittel gestellt wurden. Die Finanzverwaltung hatte die schwierige Pflicht, zu rechter Zeit auf die angegebenen Verhältnissen entsprechende Weise die Mittel zu beschaffen, den Bedarf zu decken. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß die Finanzverwaltung in den abgelaufenen 14 Jahren außerordentlich geleistet hat. Es sind die Summen herbeigeschafft worden, die gefordert werden mußten im Momenten, wo es sich um die Existenz und die Lebensbedingungen der Monarchie gehandelt. Bezüglich der Steuerexekution führt der Redner an, daß sie in größeren Maßstäbe nur in den renitenten Ländern der ungarischen Krone vorgekommen seien. Er bespricht hierauf die Zulässigkeit der Steuererhöhung überhaupt, insbesondere aber der Grundsteuer, schildert den Prozeß der im Zuge befindlichen Reformen, und erklärt sich Namens der Regierung bereit, jetzt schon auf das Mögliche einzugehen. Bezüglich der einzelnen Steuern insbesondere des Gebührengegesetzes sucht er noch die Ansichten des Grafen Auersperg zu bekämpfen, und schließt mit der Versicherung, daß das Mögliche in Sachen der Steuerreform seitens der Regierung geschehen werde.

Graf Brandis stellt den Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen, daß gleichzeitig mit der Kundmachung der Steuererhöhung der Landtag von Tirol ermächtigt werde, in besonders rücksichtswürdigen Fällen nicht nur einzelne Contribuenten, sondern auch ganze Gemeinden, die in gleicher Lage sind, von der Erhöhung auszunehmen.“ (Bewegung.)

Nach einigen Bemerkungen des Fürsten Jablonowski und des Berichterstatters v. Pipiz wird Artikel V angenommen. Artikel VI bis X werden ohne Debatte angenommen und schließlich wird der Antrag der Commission, dahin gehend: „das hohe Haus wolle beschließen, das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1863 sei ganz nach dem Vorschlage des Abgeordnetenhauses anzunehmen“, angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Die gemischte Commission der beiden Häuser des Reichsrathes zur Vereinbarung der Bankakte hat, wie erwähnt, am 12. d. ihre Arbeit beendet und in allen Punkten eine Vereinbarung erzielt. Im Punkte der Verzinsung des permanenten Darlehens wurde beschlossen, daß der Staat der Bank jährlich eine Pauschalsumme von Einer Million Gulden vom Jahre 1863 ab insoferne zu leisten habe, als dieser Betrag ganz oder theilweise zur Ergänzung einer 7perc. Rente der Bankaktionäre erforderlich ist. Darin drückt sich eine beschränkte Zinsengarantie aus, welche einerseits in der Summe von Einer Million, andererseits in der 7perc. Rente ihre Grenze hat. In Bezug auf die Privilegiumsdauer wurde die zehnjährige Verlängerungsfrist, die ist die Frist bis 1876 nach dem Beschuß des Abgeordnetenhauses adoptirt. Bezüglich der Einführung der Fünfgulden-Noten, des Reservesondes, der Bankfiliale und aller anderen Aenderungen wurden die Beschlüsse des Herrenhauses adoptirt; nur bezüglich des Effectenverkaufes wurde eine veränderte Fassung des §. 7 des Uebereinkommens angenommen, welche jedoch dem Sinne nach dem Beschuß des Abgeordnetenhauses entspricht.

Die „Wiener Post“ meldet: Nächsten Mittwoch werden Se. Maj. die Mitglieder beider Häuser des Reichsrathes empfangen. Es wurde der Vorschlag gemacht, jedes der beiden Häuser besonders zu empfangen, allein Se. Maj. sprachen sich ausdrücklich und entschieden für gesonderten Empfang eines der beiden Häu-

ser aus. Nächsten Donnerstag wird nun im großen Rittersaal der Schluss der Session stattfinden. Se. Majestät werden persönlich die Thronrede an beide Häuser des Reichsrathes richten.

### Österreichische Monarchie.

Wien, 12. Dezember. Se. Majestät der Kaiser hat sich heute zu einer Jagd nach Reichenau begeben und wird morgen wieder hier eintreffen.

Ihre königliche Hoheiten der Herr Kronprinz und die Frau Kronprinzessin von Preußen sind am 10. d. aus Verona in Venetien, gestern in Miramare angekommen und werden morgen Abends hier eintreffen.

Se. k. Hoheit der durchlauchtige Herr Erzherzog Franz Karl haben dem katholischen Gesellenvereine einen gnädigsten Unterstützungsbeitrag von 100 fl. bewilligt.

Der frühere Minister des Neuherrn, Graf Buol-Schauenstein hat sich nach München begeben und wird dort über Winter verbleiben.

Der griechische Gesandte Herr Baron Sina begibt sich übermorgen nach München um dort Seine Majestät den König Otto von Griechenland aufzusuchen.

Der k. ungarische Statthalter Herr FML. Graf Palffy hat seinen Aufenthalt in Wien verlängert und wird erst morgen oder übermorgen nach Osten zurückreisen.

Die „S.-C.“ meldet, daß die ungarische Hofkanzlei geneigt sein soll, den mehrfachen Vorstellungen der Comitatsbehörden, wonach diese sich verpflichten würden, die Steuern selbst einzuhaben, um so dadurch den Unzulässigkeiten bei der Steuereinhebung vorzubeugen zu willfahren und sollen demnächst die besonderen Weisungen ergehen.

Im Arader Stadtgebiet ist, wie „Orszag“ meldet, das Standrecht auf ein halbes Jahr publiziert worden.

Der „Bozner Zeitung“ zufolge, soll Herr Carl v. Ballinger auf seine Bitte der Stelle eines Landeshauptmanns-Stellvertreters enthoben worden sein.

Aus Ragusa 8. Dez., wird telegraphiert, daß bei Bjelopavlovic zwei türkische Blockhäuser vollendet seien, daß Fürst Nikolaus eine Zahlung sämtlicher waffsäger Montenegriner vornehmen ließe und daß das dem Bergvolke von Derwisch Abdi Pascha versprochene Getreide jetzt vorenthalten werde.

### Deutschland.

Auf der Tagesordnung der Bundesstags-Sitzung vom 11. d. stand die Abstimmung über die am 6. November gestellten Anträge des am 14. December 1854 niedergelegten Ausschusses bezüglich der öffentlichen Spielbanken. Österreich und mehrere andere Regierungen schlossen sich der antwortlichen Abstimmung Hessen-Darmstadts (welche entschiedener gegen das Spielumwesen auftritt) an, und da die Ausschussträge keine Majorität auf sich vereinigten, wurden die abgegebenen Stimmen zur Formulierung eines neuen Antrages an den Ausschuß zurückgewiesen. (Die Angelegenheit macht zu einer Beschlusssammlung Stimmeneinhelligkeit erforderlich).

Dem Bundesstaat hat nun Baden sein Minoritätsgutachten betreffs der Delegiertenversammlung eingereicht. Dasselbe lautet einfach ablehnend ohne positiven Gegenantrag.

In Berlin soll jetzt über den Gesandtschaftsposten in Turin eine andere Bestimmung getroffen werden sein, und zwar bezeichnet man den General v. Willisen als künftigen preußischen Gesandten bei dem Könige von Italien. Der bisherige preußische Gesandte in Turin, Graf Brassier de St. Simon, soll für den Gesandtschaftsposten in Constantinopel designiert sein.

Der neue englische Botschafter am k. preußischen Hof Mr. v. Buchanan ist am 10. d. vom Haag in Berlin eingetroffen.

Nach der „Kasseler Blg.“ geht die Proposition der Regierung dahin, die Leibbank gegen Anzahlung von 80 Prozent nicht bevorzugter Forderungen Seite des Staates zu übernehmen.

Einem Artikel der „F. P. Z.“ aus Kassel entnehmen wir Folgendes: Generalleutnant v. Haynau

hat sich vorläufig krank gemeldet, wie aus einer vom 12. d. erschienenen kurfürstlichen Ordre zu entnehmen, wonach die erste und zweite Infanterie-Brigade während der Krankheit des Divisionärs-Generalleutnants v. Haynau selbstständig unter den unmittelbaren Befehl des Kurfürsten zu treten haben. Der in diesem unerquicklichen Streite oft genannte Major a. D. v. Verschauer hat in acht edelmännischer Weise eine jede Berufung auf seine eigene vor längeren Jahren mit Herrn v. Haynau gehabte Differenz zurück gewiesen, indem er dem letzteren durch einen höheren Offizier sein aufrichtiges Bedauern über die ihn gegezwärtigte Betroffene Unannehmlichkeit mit dem Hinzufügen hat ausdrücken lassen, daß dagegen, was zwischen ihnen beiden früher vorgefallen, auf einem Misverständnis beruht habe und längst vergessen sei.

Über die Persönlichkeit des Hauptmann Dörr gehen der „Süd. Blg.“ folgende Notizen zu: Er ist der Sohn eines kurhessischen Schullehers und trat im Alter von 17 Jahren unter Wilhelm II. als Gemeiner in das kurhessische Militär ein. Als Unteroffizier erhielt der schöne junge Mann die Erlaubnis, dem Unterricht des Kadetten-Corps beizuhören, um die für das Offizier-Gramen nötigen Kenntnisse sich anzueignen zu können. Die Offizier-Carriere war damit gesichert. Der strebsame junge Militär arbeitete jedoch auch später an seiner weiteren Ausbildung fort und trat mehrfach als Fachschriftsteller auf, insbesondere mit einer Monografie über die Schlacht bei Hanau. Diese Arbeiten verschafften ihm den Eintritt in den Generalstab, dem er längere Zeit angehörte, bis er unter dem Ministerium Hassenpflug = Haynau ohne

Grund versetzt wurde und in Folge dessen tief verzweigt seinen Abschied nahm. Die äußere Unabhängigkeit zu diesem Schritt hatte ihm seine erste Heirat mit der Tochter des reichen Tabaks-Fabrikanten Thorbecke verhaftet. In zweiter Ehe lebt Hauptmann Dörr mit einem Fräulein v. Eschwege aus Jena, der Schwester des Oberstallmeisters und eines der Flügel-Adjutanten des Kurfürsten. Wir erwähnen dies — schreibt der Correspondent — weil die dadurch hervorgerufenen Beziehungen zum Hofe in der Fehde mit v. Haynau nicht ohne Bedeutung gewesen sein dürften.

Prinz Karl von Bayern wurde vor einigen Tagen in Tegernsee in Folge eines Sturzes seines Pferdes leicht verletzt. Die Wunde wird indeß in wenigen Tagen vollständig geheilt sein und S. k. H. nächst Sonnabend wieder nach München übersiedeln.

### Frankreich.

Paris, 10. Dezember. Bei dem Boulevardfest hatte die Polizei ganz außerordentliche Maßregeln getroffen, um ein Attentat auf den Kaiser oder die Kaiserin nach Möglichkeit zu verhüten. Viele nicht ortangehörige Leute, welche der Polizei verdächtig schienen, oder nicht genügende Existenzmittel nachweisen konnten, hatten Paris verlassen müssen. Kurz vor Erscheinen des Kaisers wurden sämtliche in Bau begriffenen Häuser von allen darin befindlichen Neuigkeiten gesäubert und abgesperrt. Besonders auffallend war, daß der Wagen der Kaiserin mit nur zwei Pferden bespannt war.

Paris, 11. Dec. Die Eröffnung der Kammern soll jetzt definitiv auf den 12. Januar anberaumt sein.

Man arbeitet eben an dem gelben Buche, das der Inbegriff der diplomatischen Offenbarungen der Regierung sein wird. Wie man vernimmt, wird dasselbe aus drei Abtheilungen bestehen. Die erste umfaßt die italienischen, die zweite die mexikanischen, die dritte die übrigen auswärtigen Angelegenheiten. Die italienische Abtheilung wird einen ziemlich unverhüllten, anti-unitalischen Charakter erhalten. Herr Drouyn de Lhuys nimmt eben eine durchgreifende Bearbeitung aller französischen Consulat-Beamten in Italien vor. — Die Gerüchte einer Minister-Krisis bestehen noch fort. Herr Rouher, dem seine Niederlage in der Bäckerei-Frage sehr nahe geht, soll beabsichtigt haben, aus dem Ministerium auszuscheiden; doch wäre ein solcher Schritt in neuester Zeit wieder zweifelhaft geworden. — Die Minister-Sitzungen finden seit der Rückkehr des Kaisers nicht mehr um die Mittagsstunde, sondern des Morgens um 9 Uhr statt. Man discutirt wohl in der Früh etwas ungestört. — Auf Befehl des Kaisers wird eine Expedition organisiert, die unter Befehl eines Gegen-Admirals Béchot von dem auf der Insel Madagaskar neu erworbenen Hafen Diego Suarez nehmen soll. — Die halboffiziellen Blätter fahren fort, die Lage Griechenlands in den düstersten Farben zu malen. Die „France“ hat dasselbe schon seit einiger Zeit. Heute schließt sich ihr auch der „Constitutionnel“ an. — Der Ober-Commandant der Nationalgarde hat einen Tagesbefehl erlassen, der gedruckt wurde und von jedem einzelnen Nationalgardist ein Exemplar erhielt; derselbe lautet: Nationalgarde der Seine! Tagesbefehl vom 8. December 1862. Ihre Majestät die Kaiserin war gerührt von dem Empfange, welchen Ihr die Nationalgarde bereitete, und Sie hat zu wiederholten Malen den General-Ober-Commandanten beauftragt, deshalb den Nationalgardisten ihren Dank abzustatten. — Der Marschall Canrobert verheirathet sich mit Fräulein Macdonald, Cousine des Duc de Lorraine. Die Heirath wird in der ersten Hälfte des Monats Januar gefeiert werden. — Die Handelskammern der Tuch-Fabrikstädte Elbeuf (Depart. Seine Infer.) und St. Quentin (Depart. Aisne) haben, wie der „Moniteur“ Bulletin heute meldet, unter „24 Nov.“ den Handels-Minister Rouher in einer besonderen Adresse gebeten, dem Kaiser ihren Dank dafür auszusprechen, daß er den europäischen Großmächten eine gütliche Vermittlung im nordamerikanischen Kriege aus Menschlichkeit gründet vorgeschlagen hat; hoffentlich werde Sr. Majestät die Regierung dies so hochzeitig in Aussicht genommene Ziel fest im Auge behalten. — Der General Lorencez ist am 11. November aus Drizaba in Vera-Cruz eingetroffen. Er sollte sich am 15. nach Europa einschiffen. Er muß also am 15. d. M. in Saint Nazaire ankommen.

Richard-Lenoir, nach welchem einer der neuen Boulevards am 7. d. vom Kaiser benannt worden ist, hieß von Hause aus nur Richard. Der Zusatz Lenoir gehörte seiner Fabrik-Firma. Der „Constitutionnel“ gibt heute folgende Daten aus dem Lebenslauf dieses berühmten Industriellen. François Richard war am 6. April 1765 zu Trélat (Département Calvados-Normandie) in einer ehrlichen Bauernfamilie geboren und kam 1782 mit sehr bescheidenen Mitteln nach Rouen, wo er zuerst in einem Leinwandladen, dann als Kellner in einem Kaffeehaus beschäftigt wurde. Nachdem er sich so viel erspart, um die Reise nach der Hauptstadt, dem Ziele seiner Wünsche, machen zu können, verließ er Rouen und begab sich nach Paris, wo er in einem Kaffeehaus ein Engagement fand. Nachdem er sein Vermögen mit vieler Mühe auf 1000 Fr. gebracht, begann er einen kleinen Barchent-handel. Im Jahre 1797 assizierte er sich mit einem Freunde Lenoir-Dufresne und führte den glücklichen Gedanken, die Maschinen-Fabrikation baumwollen r. Gewebe, welche bis dahin ein Monopol der englischen Industrie gewesen, in Frankreich einzuführen. In der Charonnestraße entstand nun eine große Manufactur, welche die rohe Baumwolle zu Barchent, Musselin, Galicot und Piquet verarbeitete. Napoleon, der als erster Consul das neue Institut mehrere Male besuchte, hatte, um wider die falschen Beschuldigungen zu protestieren, welche gegen die Bevölkerungen derselben von verschiedenen Seiten gemacht worden waren, äußerte der König in Bezug auf die Gesamtindustrie: „Die Arbeit verschlägt die Männer.“ Eine Seidenfabrik im Salford hat seit einer Woche angezeigt, daß sie 50 bis 60 Arbeiter suchte, und hat nicht mehr als ein Dutzend (und dies Mädchen) bekommen.

### Schweden.

Nach Berichten aus Stockholm vom 9. Decbr. hat der Gehezausschuss gegen eine Minorität von drei Geistlichen, die Annahme der Königlichen Propositionen wegen Verheirathung schwedischen Christen und Juden beantragt.

### Italien.

Die italienischen Blätter aller Farben sind mit dem neuen Ministerium sehr zufrieden, und loben die streng constitutionelle Haltung des Königs. Zu dem Deputirten Plutino, der sich an der Spitze einer Deputation der neapolitanischen Provinzen zum König begeben hatte, um wider die falschen Beschuldigungen zu protestieren, welche gegen die Bevölkerungen derselben von verschiedenen Seiten gemacht worden waren, äußerte der König in Bezug auf die Ministerkrise: daß man in der Kämpfen der Parteien stets auf sein Festhalten an der Verfassung unter allen Umständen zählen könne, so solle. „In dieser Beziehung“, schloß er, „bin ich unschärflicher als dort die Alpen.“

Das Duell zwischen Menotti Garibaldi und dem General Pallavicino hat, wie man der „Z.“ aus Turin schreibt, nicht stattgefunden, und somit sind

auch alle Gerüchte über eine tödliche Verwundung Metteli's aus der Lust gegriffen.

General Peitti, der in dem neuen Kurier-Ministerium das Portefeuille des Krieges nicht behalten wollte, übernimmt in Mailand wieder sein Divisions-Commando.

Eine Correspondenz aus Rom des „Monde“ erwähnt einer Neuherung des Papstes, die derselbe den Papisten gegenüber gethan, die ihm im Vatican vorgestellt wurden: „Ihr seid wie die Glocken; diese rufen die Gläubigen in die Kirche, gehen aber selbst nicht hinein.“

Dieser Lage benachrichtigte Graf Ballermann den Cardinal Antonelli, daß Kaiser Napoleon entschieden Victor Emanuel zugeredet, eine andere Hauptstadt zu erwählen und Rom zu entsagen. Der römische Correspondent des „Gaz“ ist in der Lage auf das unzweifelhafteste zu versichern, daß Ballermann dem Papst und Card. Antonelli rund heraus gestanden, daß der Kaiser Italien dreitheilen will und dem H. Vater Umbrien und die Marche zu restituieren gedenkt, doch geschah dies Geständnis „academicamente“, d. h. ohne Hinweis auf Zeit und praktische Mittel und — da voglia al fatto corre gran tratto. Zweimal erwähnte er auch, der Kaiser wünsche vom Papst gekrönt zu werden, wobei letzterer jedoch jedesmal das Gespräch ablenkte und zugesagt haben soll: „Gern werde ich den Kaiser der Franzosen krönen, aber so wie Clemens VII. Karl V. — in Bologna.“ Augenscheinlich würde die Restitution der annectirten Provinzen eine conditio sine qua non sein. Andererseits weiß der Correspondent, daß Pius IX. heute der Krönung nicht mehr so widerstrebe wie vor 10 Jahren, die Reise nach dem geliebten Frankreich läßt ihn selbst sehr an, doch würde er schwerlich zu bewegen sein, ohne daß der Hl. du suffrage universel persönlich komme ihn nach Paris einzuladen und ohne Rücksichtnahme der abgefallenen Länder. Andererseits jedoch ist schwer anzunehmen, daß, wie „la Costituzione“ schreibt, Napoleon wie Karl der Gr. und Otto I. nach Rom komme, um die Krone Karl des Gr. in St. Peter am Grabe des Apostel zu erhalten. Fürst Latour d'Uvergne hat den Auftrag, die Krönungsfrage weiter zu verhandeln, doch ist jede Neussirung zweifelhaft ohne Restitution der Annectionen und persönliche Einladung des H. Vaters nach Paris durch den Kaiser selbst oder dessen Gemahlin, der der Papst sehr zugethan. Mit dem in Kurzem eintreffenden Gesandten kommen als Secrétaire H. Baude an Ballermann's Stelle, Baron d'Ideville, Marquis Piennes, attachirt sind Baron d'Haubersart, Gr. Aguado de las Merinas, Baron Bourgoing, Graf Montebello und Graf Chateaubriand, Neveu des bekannten Ministers. Fürst Belluno, der nicht mehr zurückkehrt, schreibt jetzt an einer Brochure für die weltliche Macht des Papstes. Der neue portugiesische Gesandte Marschall Saldanha ist Chef der democratichen und klerikalen Partei in Portugal, also Gegner des Marquis Loulé, des Erben Pombals in Amt und Gesinnung. Loulé hatte in seiner Jugend die Schwester des Don Pedro und Miguel aus dem Kloster entführt und sich mit ihr verheirathet, und hat nun als allmächtiger Minister Saldanha in die Verbannung geschickt. Der Marschall, ein Millionär, wird in Kurzem aus dem Londoner Hotel nach dem Palais Estani übersiedeln, wo er glänzende Bälle zu geben gedenkt. Die Fürstin ist eine Amerikanerin. Ohne Meinungsunterschied sind alle von den Cardinalen bis zur Dienerschaft des Palais Estani entrüstet über das undelikate Benehmen mit dem unglücklichen Baron Kaniz. Er durftet nicht in seiner eigenen Wohnung bleiben. Man erwartet den durch den Telegraphen berufenen Bruder des in Wahnsinn verfallenen Gesandten, der in den Wuth-Unfällen gebunden werden muß. In einem seiner lichten Augenblicke sagte er zu Cardinal Antonelli, daß sicherlich ihn Gott gestraft für seinen unmäßigen Hochmuth.

Man versichert dem römischen Correspondenten des „Gaz“ zufolge, daß der russische Gesandte in Rom, Graf Kisselow, mit nächstem die ewige Stadt verlassen werde, ohne einen Nachfolger zu erhalten. Der Correspondent selbst schenkt jedoch dieser Versicherung keinen Glauben.

Das Erscheinen des neuen französischen Gesandten in Rom wird von der „Independance“ mit dem Zustande eines verglichen, der in eine Sadgasse geschickt wird und nothwendig den Krebsgang gehen muß, sobald er eingesehen hat, daß man nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen kann.

## Rusland.

Aus St. Petersburg, 5. d., wird der N.P.Z. geschrieben: Seit der Großfürst Michael nach kurzem Aufenthalt in Warischau heute hier durch nach Moskau gegangen ist, hat sich das Gerücht verbreitet, Großfürst Michael sei von seinem kaiserlichen Bruder zum Statthalter im Kaukasus bestimmt, und der bereits zum General-Gouverneur von Bessarabien designierte General v. Lohde wurde zum Chef des Stabes der kaukasischen Armee, also ad latus des Großfürsten Michael ernannt werden. Man erinnert sich jetzt, daß Großfürst Michael bei seiner Durchreise durch Wilna dem dort frank liegenden Fürsten Bariatschi einen langen Besuch gemacht, und glaubt, daß bei dieser Gelegenheit die Sache ins Reine gebracht worden ist. Nachrichten aus Wilna sagen indessen, Fürst Bariatschi habe noch kürzlich ausgesprochen, daß er den Krieg gegen die Tschapsuchen und Tscherkessen nachdrücklich beginnen würde, sobald er nur wieder im Kaukasus sei. Das deutet allerdings nicht auf seinen baldigen Rücktritt hin. Der faktische Zustand des kranken Fürsten stimmt freilich nicht mit dieser Kriegslust überein. Er kann nur auf einem Voltaire liegen und über die Füße sind Reisen gespannt, weil sie nicht einmal den Druck der leichten Decke ertragen können. Der Fürst-Feldmarschall hat schon mehrere Male seine Versekzung in den Ruhestand gefordert; so würde es

immerhin möglich, daß sein Wunsch jetzt erfüllt wäre. Im Kaukasus stehen die Dinge so, daß es dort in der That eines vollkommen gesunden und kräftigen Mannes bedarf, um den wachsenden Schwierigkeiten zu begegnen. Geht der Großfürst Michael wirklich nach dem Kaukasus, so würde das von ihm verwaltete General-Feldzeugmeister-Amt, so wie der Oberbefehl über alle Kadetten-Anstalten mit den dazu gehörigen sehr zahlreichen Stäben aufhören, was übrigens für beide Oberaufsichtsstellen schon längst beabsichtigt sein soll. Natürlich muß dann für Kiew und Odessa, wo die beiden Generalgouvernements erledigt sind, an anderweitige Besetzung gedacht werden. Für Kiew nennt ein Telegramm den General Kryzanowski als General-gouverneur.

Bei dem Empfange des Adels von Moskau und anderer Gouvernements am 30. v. M. hielt der Kaiser Alexander folgende Ansprache: „Es ist mir außerordentlich angenehm, m. H., Sie in unserer alten Capitale versammelt zu sehen, die mir doppelt theuer ist, weil sie meine Wiege gewesen. Ich freue mich Ihnen widerholen zu können, was ich dem Adel von Nowgorod am Tage der Feier des russischen Millenniums gefragt habe. — Ich bin gewohnt, mein Vertrauen auf die Gefühle der Ergebenheit unseres Adels zu setzen, jener unveränderlichen Ergebenheit für den Thron und das Vaterland, welche es so oft durch Thaten bewiesen hat, besonders in Zeiten schmerlicher Prüfungen für unser Vaterland, wie er es denn auch wieder in neuester Zeit gethan hat. M. H., ich bin gewiß, daß unser Adel fortfahren wird, die festste Stütze des Thrones zu sein, wie er es immer gewesen, ist und sein soll. Deshalb hoffe ich von Ihnen, m. H., und von Ihrer Einstimmigkeit, daß Sie mir in Allem, was das Wohl und die Macht unseres theuren Vaterlandes betrifft, beistehten werden. Möge uns Gott in dieser Aufgabe beistehten und sein Segen mit uns sein! — Und Sie, m. H., Mitglieder des Adels von Moskau, mögen vernehmen, daß ich es für eine besondere Ehre halte, Einer der Ibrigen zu sein, als Grundbesitzer in diesem Gouvernement. Ich danke Ihnen für Ihren herzlichen Empfang, den ich zu schätzen weiß.“

Der russische „Invalid“ enthält den kurzen Report des General Duhamel, wonach eine Abtheilung des Orenburger Corps unter Anführung des Christen Kozakowski eine neuzeitliche Expedition nach Kaukau gemacht, und die kleine tatarische Festung Piszek-Pek erobert und in derselben 600 Leute zu Gefangen gemacht habe.

## Türkei.

Am 20. Februar f. J. (1. Ramadan 1279) wird in Konstantinopel eine National-Industrie-Ausstellung eröffnet werden und soll drei Monate dauern. Fremde Aussteller können sich daran mit Ackerbau- und Industrie-Maschinen beteiligen.

## Griechenland.

Aus Athen laufen fast täglich Berichte ein, die mit einigen jüngst in einigen Zeitungen veröffentlichten Bob-Artikeln nicht in Einklang zu bringen sind. Gleich nach dem Ausbruch der Revolution haben sich sowohl Mitglieder der provisorischen Regierung, als andere leitende Persönlichkeiten der kgl. Equipagen bemächtigt, für sich Gebrauch davon gemacht und dieselben ruinirt. Die 70 im Marstall des Königs Otto gestandenen Pferde verschwanden am ersten Tage des Aufstands sammt Sätteln und Reitzeug. Allerlei Personen waren eingedrungen, die sich in den Besitz des nächsten besten Pferdes setzten und damit das Weite suchten. Die k. Namenszüge wurden aus den Schabracken beseitigt und überhaupt jeder Gegenstand entfernt, welcher an den rechtmäßigen Eigentümern erinnern könnte. Wie und wo sollen jetzt die gestohlenen Sachen aufgesucht und in Anspruch genommen werden? Der dem Könige Otto auf diese Weise zugesetzte Schaden am Privat-eigenthume ist sehr groß.

Nach einer Verordnung des Sultans, schreibt man der U. Z. aus Athen, sind alle Griechen, welche als Beamte bei den türkischen Mauthen angestellt waren, entlassen worden. Der Gebrauch der griechischen Sprache, die bisher fast ohne Ausnahme an diesen Dienststellen eingeführt war, ist abgeschafft. Zu gleicher Zeit ließ die türkische Regierung dem griechischen Geschäftsträger eine Note zustellen, des Inhalts, daß die griechischen Zeitungen einer Censur unterliegen sollen. Dieses Unsinnen ist vom Geschäftsträger entschieden zurückgewiesen worden.

Einer der bedeutendsten Finanzmänner Hollands wird sich dem Nürnberger Correspondenten zufolge demnächst nach Athen begeben, um daselbst mit mehreren hervorragenden Persönlichkeiten, von welchen er zu diesem Zwecke eine besondere Einladung erhalten hat, über ein wichtiges finanzielles Project in Beratung zu treten. Es soll sich bei diesen Unterhandlungen um die Bedingungen einer billigen Regelung der beiden nationalen Anlehen von 1824 und 1825 handeln, so wie um die passendsten Mittel zur Beschaffung der Gelder, welche erforderlich sein würden, um in Griechenland einige Unternehmungen von allgemeinem Nutzen so bald wie möglich zur Ausführung zu bringen.

## Asien.

Nach der Western Morning-News sind unlängst an der Arabischen Küste, nicht weit von der Einfahrt ins Rothe Meer, in dem Arabischen Dorfe Bunder-Fezuk 15 Englische Matrosen von den Eingeborenen verrätherischer Weise ermordet worden. Sie gehörten zu dem Kriegsschiffe Penguin, waren in zwei Booten ausgefahrt, um einige Slavenhändler zu beobachten, wurden über 1200 Englische Meilen weit verschlagen und landeten vor jenem Dorfe, um sich Wasser und Lebensmittel zu verschaffen. Kaum hatten sie den Fuß auf's Land gesetzt, als die Bevölkerung über sie herfiel und sie niedermachte. Der „Penguin“ erschien später vor dem Dorfe, und auf die Drohung, den ganzen Ort samt Schiffen, Häusern und Bewohnern mit

Feuer und Schwert zu vertilgen, wurden ihm 20 d. Mörder ausgeliefert. Dieselben sollten in der dritten Octoberwoche gehängt werden.

## Alfraka.

Se. k. Hoheit der Herzog von Brabant ist nach einer sehr stürmischen Seefahrt am 10. d. in Alexandria angelkommen.

## Amerika.

Das Reuter'sche Bureau hat folgende nähere Nachrichten aus New-York vom 29. November erhalten: Bei Fredericksburg hat sich bis jetzt nichts Neues ereignet. Die Conföderirten haben Holly Springs geräumt. Hudsonville im Staate Mississippi ist von den Union's-Truppen besetzt worden. Die Conföderirten in Tennessee haben sich zu Fulham concentrirt, um einem Vorstoß des in Nashville stehenden General Rosenkranz Widerstand entgegenzusetzen. In New-York hat ein großes demokratisches Meeting stattgefunden. Es wurden darin Reden gehalten, welche zur nachdrücklichen Fortsetzung des Krieges und zur Wiederherstellung der Verfassung auffordernden. Es ward ferner die Hoffnung ausgedrückt, daß die Wiedervereinigung des Nordens mit dem Süden zu Stande kommen möge, daß mit die Beiden im Vereine England angreifen könnten. In der Union werden weder die Geistlichen, noch die Journalisten, noch diejenigen, welche bei öffentlichen Gelegenheiten das Wort führen, müde, sich in Schmähungen gegen England zu ergießen. Diese Ansichten scheinen vom Publikum getheilt zu werden. Die New-York Tribune versichert, aus offiziellen Kreisen in Washington die Nachricht erhalten zu haben, daß der englische Admiral Milne den Dampfer „Alabama“ verfolge.

SI bezahlt. — Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt s. österr. Währung 224 verl., 222 bezahlt.

Lotto-Ziehungen vom 13. December.

Wien: 56 88 22 17 25.

Prag: 88 74 26 32 51.

Graz: 71 89 68 17 30.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Decbr. Se. Maj. der König hat heute die commandirenden Generale des ersten und zweiten Armeecorps empfangen. — Wie die Kreuz-Zeitung meldet, ist auch in diesem Jahre der außerordentliche Unterstützungs-fonds für Lehrer verausgabt worden.

Die „Kreuzzitung“ kann dem verbreiteten Gerüchte, daß unter Ikenplatz, Selchow und Eulenburg ein Refortwechsel stattfinden werde, auf das Bestimmteste widersprechen. Gerüchteweise berichtet dieselbe, die Regierung beabsichtige mehreren Zeitungen des Postdebit zu entziehen. Die „Kreuzz.“ glaubt, es beziehe sich dies nur auf die ausländische Presse, betreffe welcher der Regierung die Entziehung des Postdebites gesetzlich zu stehe. Sie vermutet, es handle sich um einige große süddeutsche und außerdeutsche Organe.

Kassel, 13. Dezember. In der heutigen Stände-Sitzung wurde der Antrag des Volkswirtschaftsausschusses, dem Handelsvertrag beizutreten — beziehungsweise den Ständen zur Zustimmung vorzulegen, einstimmig angenommen.

Kassel, 13. Dezember. Mittag 2 Uhr. Die Ständeversammlung erklärte sich heute einstimmig für den preußisch-französischen Handelsvertrag. Ferner wurde der Antrag gestellt wegen Ausgleichung der Kosten der Bundesexecution.

Darmstadt, 13. December. Die zweite Kammer genehmigte heute unter einstimmiger Verwerfung der Regierungsvorlage die Verlängerung des Finanzgesetzes auf 6 Monate; sobann entzog die Kammer der Regierung einstimmig die seitherige Vollmacht zum Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen. (Dieses Telegramm ist namentlich in seinem ersten Theile etwas unklar; die Regierungsvorlage hat nämlich ebenfalls die Verlängerung des gegenwärtigen Finanzgesetzes auf 6 Monate beantragt.)

Copenhagen, 12. Decbr. „Fædrelandet“ ver nimmt, daß die holsteinischen Stände am 20. Januar einberufen werden.

Brüssel, 13. Dez. (Teleg. des „Botschafter.“) König Ferdinand von Portugal hat die eventuelle Wahl für den griechischen Thron im Voraus entschieden abgelehnt.

Paris, 13. Dezember. „Pays“ dementirt die Nachrichten fremder Journale bezüglich Mexico's. Es sei falsch, daß Forey Verstärkung verlangt habe, es sei keine schlechte Nachricht eingelangt.

Madrid, 13. Decemb. General Prim antwortete in der heutigen Senatsitzung auf Billaut's Angriffe mit einer historischen Darstellung der bei der Expedition nach Mexico eingetretenen Schwierigkeiten und ludet die Verantwortlichkeit auf den französischen Bevollmächtigten, welcher ungerechte Ansprüche erhob. Prim bedauert, mit dem Kaiser keine Unterredung gehabt zu haben, dem er bewiesen hätte, daß die Mexicanner keine Monarchie wollten. Der Kaiser ist getäuscht worden; er sollte liberale Politik wie in Italien befolgen. Prim beschwört, die Spanier nicht nach Mexico zurückzuschicken.

Turin, 13. Dec. (2 Uhr Nachmittags.) In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf über jurisdicitionellen Conflicte votirt und angenommen. Der Minister des Innern beantragt eine Enquête aus dem Schoose des Parlaments, hinsichtlich des Brigantewesens im Neapolitanischen. — Die Gerüchte einer neuen Anleihe sind unwahr, es ist durchaus keine neue Anleihe im Project.

Petersburg, 13. Dec. Das „S. de St. Petersb.“ sagt in Beantwortung eines Artikels der Pariser „Frn.“ vom 7. December: Wir wiederholen es, daß Russland sich am Ersten auf das Terrain der Verträge und des Protokolls von 1830 gestellt habe. Es ist kein russischer Candidat, auch nicht durch die geringste Insinuation in den Bordergrund gestellt worden. Als die östliche Meinung gewisse Namen aussprach, hat Russland positiv erklärt, keinen Candidaten vorgeschlagen zu haben. Russland ist mit dem Orient beschäftigt wegen seiner Interessen und Sympathien; es will dort Ruhe, welche auf die Versöhnung der Interessen und Leidenschaften basirt ist. Für die Gegenwart empfiehlt es als Mittel des Gleichgewichtes die Uebereinstimmung der europäischen Einstüdz.

Die mittelst des Lloyd-dampfers „Germania“ am 12. d. M. in Triest eingetroffene neueste levantinische Post bringt folgende Nachrichten:

Constantinopol, 6. Dezember. Eine neue Anleihe von 6 Millionen Pfund ist abgeschlossen worden. Demonstration zu Gunsten des Prinzen Alfred wurden von der Regierung untersagt. Emir Pascha ist zum Minister der Münze ernannt worden. Der russische Gesandte Fürst Babanoff ist in mehrmonatlichem Urlaube nach Italien und Frankreich abgereist.

Athen, 6. Dezember. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten beruhigend, nur in Patras und Korinth finden fortwährend kleine Kämpfe statt. Artemis Michos, das Haupt der Nauplianaer Bewegung, ist aus Italien eingetroffen und glänzend empfangen worden. Der Exminister Chadziskos ist vorgestern zurückgekehrt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bozek.

Verzeichniß der angekommenen und abgereisten vom 14. December.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Bladislaus Skrynski aus Galizien; Stanislaus Jastrebowski aus Polen; Wilhelm Homolacz aus Galizien; Wenzel Kudwanowski aus Galizien; Ignaz Przykucki aus Polen.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Isidor Bzowski nach Galizien; Alexander Ritter nach Galizien; A. Oswald Ruzinowski, Prof. der Theologie, nach Galizien.

L. 2012 c. E d y k t. (4361. 3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Wojniczu uwiadomia z życia i miejsca pobytu niewiadomego Jakóba Raka, że mu do spadku s. p. Klemensa Raka dnia 7 marca 1837 r. bez ostatniej woli rozporządzenia w Borowie zmarłego, z głowy zmarłego syna Jana Raka prawo spadkowe przysłuży, że tedy jest rzeczą tego Jakóba Raka, w przeciągu jednego roku od dnia dzisiejszego w razie ich śmierci spadkobiercom onychże o ex-tabulacyę zobowiązani i kauci w kwocie 9440 złp. na dobrach Zaluże n. 2 et. 34 on. intabulowanych, skargę wniesli i o pomoc sądową prosili, w skutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 26 lutego 1863 wyznaczony został w tutejszym sądzie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.  
Wojnicz, dnia 17 listopada 1862.

N. 15627. **Kundmachung** (4391. 3)

Wegen Ausführung der Uferbauten am Sudostbache zum Schutz der dem St. Lazaruspitale in Krakau gehörigen Gründe des Vorwerkes Prädikant czerwony wird hiermit eine Offertverhandlung mit dem Bemerkens ausgeschrieben, daß die diesfälligen Offerten bis Abends den 30. December 1862 an die k. k. Kreisbehörde einzufinden sind.

Der Fiscalpreis beträgt 222 fl. 53 Kr. und den Offerten muss der Betrag von 23 fl. als Badium beiliegen.

Die näheren Bedingungen können im Bureau der k. k. Kreisbehörde in Erfahrung gebracht werden.

Bon der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 4. December 1862.

N. 15627. **Ogłoszenie**

W celu uszkutcznienia ubespieczenia brzegów strumienia Sudół przez grunta folwarku w Prądniku czerwonym przechodzącego, w drodze przedsiębiorstwa rozpisuje się niniejszem licytacją przez oferty, które najdalej do 30 grudnia 1861 wieczór do c. k. Władzy obwodowej nadane będą winne.

Cena wywołania jest kwota 222 zł. 53 cent., wady um, które w ofercie się zajdowały, wynosi 23 zł.

Bliższe szczegóły w biurze c. k. Władzy obwodowej powziąć można.

Z c. k. Władzy obwodowej.

Kraków, dnia 4 grudnia 1862.

N. 153. **Obwieszczenie.** (4384. 3)

W wprowadzonym uchwała c. k. Sądu obwodowego Tarnowskiego z dnia 13 listopada 1862 L. 17966 postępowaniu ugodnym z wierzycielami Tarnowskiego kupca Simchy Rappaporta, wzywam

Tarnowskiego wierzycieli, aby się ze swemi z wszystkich wierzycieli, aby się ze swemi z jakiegokolwiek badż tytułu pochodzącego pretensyami najdalej do 30 grudnia 1862 włącznie do mnie podpisane c. k. Notaryusa jako komisarza sądowego pisemnie przy załączaniu dowodów wierzytelności swych tym pewniej zgłosili, ile że w razie przeciwnym i na wypadek dojścia do skutku ugody, wszystkie niezgłoszone, a prawem zastawu niepokryte wierzytelności od zaspokojenia ze wszystkiego przedmiotem ugody będącego majątku wyłączone będą i dłużni w skutek zawartego kontraktu.

Tym edyktom przypomina się zapozwany, aby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub też innego obronę obejali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieli.

Tarnów, dnia 5 grudnia 1862.

Jan Janoch,

c. k. Notaryusz jako Komisarz sądowy.

L. 17684. **Obwieszczenie** (4385. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pp. Sylwester Ostoja Sędzimir, Antonina z Malczewskich Celnerowa, Karol Białkowski i Józef Wrześniak przeciwko p. Joannie Antoninie 2 im., Emilianowi, Ignacemu Marcinowi 2 im., Ewie Tekli 2 im., Agnieszce Apolonii 2 im., Józefie Wiktoryi 2 im., Rozali, Maryannie Kunegundzie 2 im., Szymonowi, Franciszce Salomei 2 im. Językiem względem extabulacji sumy 19240 złp. z p. n. w stanie biernym dóbr Zaluże dom. 45 p. 8 n. 11 on. intabulowanej skargę wniesli i o pomoc sądową prosili — w skutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 26 lutego 1863 o godzinie 10ej zrana wyznaczony został.

Ponieważ pobyt zapozwanych niewiadomym jest, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata Dra Stojalowskiego z substytucją adwokata p. Dra Hoborskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicji przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwany, aby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili lub też innego obronę obejali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły inaczej z ich opóźnienia wynikłe skutki sami sobie przypisać musieli.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 19 listopada 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS."

N. 17685. **Obwieszczenie** (4386. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Sylwester Ostoja Sędzimir, Antonina z Malczewskich Celnerowa, Karol Białkowski imieniem własnym jakotż imieniem małoletniego syna swego Eugeniusza Leopolda dw. im. Białkowskiego i Józef Wrześniak jako opiekun małoletniej Aleksandry Pomiankowskiej przeciwko p. Tekli z Feyglów Jordanowej, Brygidzie z Feyglów Chwalibogowej i Laurze z Chwalibogów Lipowskiej, tudzież w razie ich śmierci spadkobiercom onychże o extabulację zobowiązani i kauci w kwocie 9440 złp. na dobrach Zaluże n. 2 et. 34 on. intabulowanych, skargę wniesli i o pomoc sądową prosili, w skutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 26 lutego 1863 wyznaczony został w tutejszym sądzie.

Ponieważ pobyt zapozwanych sądowi tutejszemu wiadomym nie jest, przeto przeznaczył tutejszy sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata p. Dra Stojalowskiego z substytucją adwokata p. Dra Hoborskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicji przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwany, aby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub też innego obronę obejali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieli.

Tym edyktom przypomina się zapozwany, aby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub też innego obronę obejali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieli.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 19 listopada 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS."

N. 17713. **Obwieszczenie** (4387. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Sylwester Ostoja Sędzimir, Antonina z Malczewskich Celnerowa, Karol Białkowski imieniem własnym jakotż imieniem małoletniego syna swego Eugeniusza Leopolda dw. im. Białkowskiego, Józef Wrześniak, jako opiekun małoletniej Aleksandry Pomiankowskiej przeciwko p. Tekli z Feyglów Jordanowej, Brygidzie z Feyglów Chwalibogowej i Laurze z Chwalibogów Lipowskiej, tudzież w razie ich śmierci spadkobiercom onychże o extabulację prawa dożywotniego użyty na rzecz Konstancji z Sendzimirów Igo małż. Feyglowej 2go Chwalibogowej dom. 45 pag. 3 n. 9 on. i dom. 45 p. 18 n. 36 on. na dobrach Zaluże ciążącego skargę wniesli i o pomoc sądową prosili, w skutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 26 lutego 1863 wyznaczony został w tutejszym sądzie.

Ponieważ pobyt zapozwanych sądowi tutejszemu wiadomym nie jest, przeto przeznaczył tutejszy sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata Dra Stojalowskiego z substytucją adwokata p. Dra Hoborskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicji przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwany, aby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub też innego obronę obejali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieli.

Tym edyktom przypomina się zapozwany, aby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub też innego obronę obejali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieli.

Tarnów, dnia 19 listopada 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS."

N. 22681. **E d y k t.** (4378. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem z miejsca pobytu i życia niewiadomego p. Józefa hr. Stadnickiego, a w razie śmierci onego, jego spadkobierców i prawonabywców niewiadomych, że przeciw nim pan Feliks Wnorowski jako pełnomocnik Heleny Marii 2 im. Igo małż. Giebułtowskiej 2go Foksowej, tudzież małżeństw: Konrada, Stanisława, Władysława Karola 2 im. i Heleny Marii 2 im. Giebułtowskich, względem wymazania prawa zastawu sumy 8800 złp. z p. n. ze stanu biernego dóbr Łapanowa i Wymysłowa dom. 127 pag. 199 n. 28 intabulowanego, dnia 30 listopada 1862 Nr. 22681 wniosły pozew, w załatwieniu którego do ustnej rozprawy termin na dzień 13 stycznia 1863 o 10ej godzinie zrana wyznaczono.

Gdy miejsce pobytu i życie pozwanego p. Józefa hr. Stadnickiego, lub w razie śmierci onego, pozwanych jego spadkobierców i prawonabywców niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy, w celu zastępowania pozwanych, na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego adwokata p. Dra Koreckiego z substytucją adwokata p. Dra Kucharskiego kuratorem nieobejmujących ustanowił, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicji przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwany, aby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili lub też innego obronę obejali i tutejszemu Sądowi oznajmili ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły, inaczej z ich opóźnienia wynikłe skutki sami sobie przypisać musieli.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 19 listopada 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS."

N. 17685. **Obwieszczenie** (4386. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Sylwester Ostoja Sędzimir, Antonina z Malczewskich Celnerowa, Karol Białkowski imieniem własnym jakotż imieniem małoletniego syna swego Eugeniusza Leopolda dw. im. Białkowskiego i Józef Wrześniak jako opiekun małoletniej Aleksandry Pomiankowskiej przeciwko p. Tekli z Feyglów Jordanowej, Brygidzie z Feyglów Chwalibogowej i Laurze z Chwalibogów Lipowskiej, tudzież w razie ich śmierci spadkobiercom onychże o extabulacyję zobowiązani i kauci w kwocie 9440 złp. na dobrach Zaluże n. 2 et. 34 on. intabulowanych, skargę wniesli i o pomoc sądową prosili, w skutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 26 lutego 1863 wyznaczony został w tutejszym sądzie.

Ponieważ pobyt zapozwanych niewiadomym jest, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata Dra Stojalowskiego z substytucją adwokata p. Dra Hoborskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicji przepisanej przeprowadzony będzie.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 19 listopada 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS."

dowego w Galicji obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanym aby w zwykłym oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obronę sobie wybrali i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniesli w ogóle zas aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zameldowania skutki sami sobie przypisaczy musieli.

Kraków, dnia 2 grudnia 1862.

(4373. 3) **Kundmachung.**

An der Krakauer Musterhauptschule und dem damit verbundenen Präparandencurse ist die Stelle eines Directors mit dem Gehalte von 630 fl. österr. W. und dem Wohnpauschale von 210 fl. öst. W. jährlich in Erledigung gekommen.

Zur Besetzung dieser Stelle wird der Concurs bis Ende Jänner 1863 ausgeschrieben.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig delegierten Gesuche im Wege des vorgesetzten Amtes beim Krakauer bischöflichen Consistorium binnen der obigen Frist zu überreichen.

Krakau, am 21. November 1862.

**Wiener - Börse - Bericht**

vom 11. December.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates.

Geld

In Ost. W. zu 5% für 100 fl. . . . . 65.95 66.15

Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl. . . . . 82.10 82.30

Vom Jahre 1861. Ser. B. zu 5% für 100 fl. . . . . 72.10 72.20

Mittelstaus zu 5% für 100 fl. . . . . 62.05 62.75

der 4½% für 100 fl. . . . . 44.45 44.50

mit Verleihung v. 3. 1859 für 100 fl. . . . . 15.54 15.55

1860 für 100 fl. . . . . 92. . . . . 92.10 92.30

Com.-Renteine-Scheine zu 42 L. austr. . . . . 18. . . . . 18.25

B. Der Kronländer.

Grundstücks-Obligationen

von Niede. Öster. zu 5% für 100 fl. . . . . 87. . . . . 88. . . .